

Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

18. Sitzung
18. Januar 2018

Beginn: 13.04 Uhr
Schluss: 16.11 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende begrüßt die mongolischen Abgeordneten aus Ulaanbaatar, die Gäste der heutigen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie sind.
- Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Hat die Entscheidung der drei Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Treptow-Köpenick, keine Bußgelder wegen Schulschwänzens zu verhängen, personelle Konsequenzen?“
(Herr Abg. Wild, fraktionslos)

- „Soll es für die Privatschulen ein Finanzierungsmodell auf Vollkostenbasis geben oder sollen nur Schulen, die verstärkt inklusiv arbeiten und Schüler aus finanzschwachen Familien aufnehmen, eine höhere Zuweisung bekommen und wann wird dem Abgeordnetenhaus der entsprechende Entwurf vorgelegt?“
(AfD-Fraktion)

Mündlich werden folgende Fragen aus aktuellem Anlass gestellt:

- „Wann erfolgt der Baubeginn der modularen Kita-Bauten für Berlin (MOKIB) und wann sollen die ersten fertiggestellt sein?“
(Fraktion der SPD)
- „Gab es Sitzungen zur Einrichtung eines eigenen Schulfachs ‚Politik‘, an denen alle betroffenen Akteure – Eltern, Schüler, Schulleiter und Verbandsvertreter – teilgenommen haben?“
(Fraktion der CDU)
- „Wie bewertet die Senatsverwaltung das Verhalten der drei Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Charlottenburg-Wilmersdorf und Treptow-Köpenick, dass keine Bußgelder wegen Schulschwänzens verhängt werden und ob in diesem Zusammenhang Gespräche mit den zuständigen Dezernenten geführt werden?“
(Fraktion der FDP)

Nachdem Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) die Fragen beantwortet hat, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Auf Nachfrage von Frau Abg. Bentele (CDU) berichtet Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) über die Festveranstaltung „70 Jahre Kultusministerkonferenz“, die am 15. Januar 2018 stattgefunden hat.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**IQB-Studie 2016: Ergebnisse und
Schlussfolgerungen für Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0097](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Aufgrund der Anhörung beschließt der Ausschuss einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Es werden angehört und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Dr. Stefan Schipolowski, Wissenschaftlicher Leiter IQB-Bildungstrends, Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, Humboldt-Universität zu Berlin,
- Frau Prof. Dr. Felicitas Thiel, Arbeitsbereich Schulpädagogik/Schulentwicklungsforschung, Freie Universität Berlin.

Im Laufe der Beratung nehmen Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/0669
**Gesetz zur Änderung des
Lehrkräftebildungsgesetzes**

[0105](#)
BildJugFam

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0669 – einleitend Stellung.

Dem Ausschuss wurde im Vorfeld der Sitzung zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0669 – der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen eingereicht (Anlage). Dieser liegt dem Ausschuss auch als Tischvorlage vor.

Frau Abg. Kittler (LINKE) begründet diesen Änderungsantrag für die antragstellenden Fraktionen.

Im Rahmen der Beratung beantragt Frau Abg. Bentele (CDU), den Artikel 2 – Änderung der Lehramtszugangsverordnung – getrennt abzustimmen.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0669 – wird mehrheitlich mit den Stimmen

der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP angenommen.

Der Artikel 2 der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0669 – wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Die übrigen Einzelbestimmungen der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0669 – werden mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und AfD mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0669 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Ganztag an Oberschulen: Welche verbindlichen Standards brauchen wir, um einen erfolgreichen Ganztag an Oberschulen zu ermöglichen?
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

[0036](#)
BildJugFam

Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Duveneck (SenBildJugFam) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Queere Bildung in Berlin
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)

[0092](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21.09.2017

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Sitzung vom 21.09.2017 vor.

Auf die Begründung des Besprechungsbedarfs wird erneut verzichtet.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/0224

**Schnellstmögliche Erforschung des Berliner
Skandals „Pädophile Pflegeväter“**

[0045](#)
BildJugFam
Haupt
Kult(f)

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Prof. Dr. Uwe Schaper – Direktor des Landesarchivs Berlin – anwesend.

Herr Abg. Tabor (AfD) begründet den Antrag.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Prof. Dr. Uwe Schaper Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/0224 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Familienbericht 2015 – Aussprache zur
Stellungnahme des Senats (Drs. 17/2897):
Fazit und Handlungsauftrag**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0025](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.06.2017

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Tagesordnungspunkt aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (19.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 15. Februar 2018 um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck

Änderungsantrag
der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen
zum Gesetz zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes
- Drs. 18/0669 -

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:
Die Drucksache 18/0669 wird wie folgt geändert:

Nummer 4 des Artikels 1 - **Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes** - wird wie folgt neu gefasst:

4. Dem § 19 Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Studierende, die vor dem 1. Oktober 2018 in einem der beiden differenzierten Masterstudiengänge gemäß § 5 Absatz 3 Satz 3 des Lehrkräftebildungsgesetzes vom 7. Februar 2014 (GVBl. S. 49), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (GVBl. S. 378) geändert worden ist, eingeschrieben sind, können diesen Studiengang fortführen, müssen je-doch bis spätestens 30. September 2024 die Voraussetzungen für den Studienabschluss er-bracht haben. Von dieser Frist kann im Einzelfall unter Berücksichtigung der Lebensumstände der oder des Studierenden abgewichen werden. Für die Anpassung der bisher differenzierten Studien- und Prüfungsordnungen an einen einheitlichen Masterstudiengang für das Lehramt an ISS und Gymnasien gilt eine Übergangsfrist für die Verabschiedung bis zum 30. Mai 2019.“

Berlin, den 18.01.2018

Saleh Lasic

und die übrigen Mitglieder der

Fraktion der SPD

Bluhm U. Wolf Kittler

und die übrigen Mitglieder der

Fraktion Die Linke

Gebel Kapek Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen